Märkische Linke

Die linke Zeitung für die Prignitz und Ostprignitz-Ruppin. Ausgabe 24 / November 2026

Vorgestellt: Jana Schlegel

Eine, die etwas bewirken will

Was treibt sie an? „Etwas bewirken, Spuren hinterlassen?“, sagt Jana Schlegel nachdenklich. Sechs Kinder hat sie groß gezogen. Das reicht allemal, um Spuren zu hinterlassen. Aber wenn man sieht, was sie alles macht, scheint es so, als hätte sie erst richtig losgelegt, seit die Kinder erwachsen sind. Seit 2014 ist sie Gemeindevertreterin für die Linkspartei in der Gemeinde Plattenburg. Ihr Geld verdient sie neben der Arbeit in einem Steuerbüro freiberuflich mit naturwissenschaftlichen Weiterbildungen für pädagogische Fach- und Lehrkräfte in der Stiftung ‚Kinder forschen‘. Dort kann sie ihr Wissen aus dem Mathematik- und Physikstudium einbringen, das sie vor Jahren wegen der Kinder aufgegeben hat. Außerdem ist sie im Vorstand des Vereins FestLand zuständig für die Kinder- und Jugendarbeit des Vereins, für Öffentlichkeitsarbeit und Projektorganisation, insbesondere die Projekte ‚Dorf macht Oper‘ und das SommerKunstcamp. Der Verein wurde mehrfach ausgezeichnet, u.a. für „Dorf macht Oper“ als „visionäres“ Beispiel dafür, was Kultur im ländlichen Raum erschaffen und bedeuten kann. Jedes Jahr gibt es ein großes Publikum, wenn Profis zusammen mit Laien aus dem Dorf eine Oper aufführen.

Die in der Prignitz Aufgewachsene sieht nicht nur in Klein Leppin, wie wichtig Kultur auf dem Land ist. Kultur bringt Menschen zusammen und sie zieht Menschen an. „Im ländlichen Raum findet man Möglichkeiten, die die Städte nicht mehr bieten“, stellt sie fest. Wie viele andere ist auch sie zunächst aus der Prignitz weggegangen, um dann wiederzukommen in eine geschrumpfte, überalterte Region, in der sie aber viele Chancen sieht. „Wir haben wieder Zuzug und der wird mehr werden. Die starke und vielfältige kulturelle Entwicklung ist attraktiv. Netzwerke entstehen und die Digitalisierung eröffnet neue Arbeitsmöglichkeiten auf dem Land.“ Sorgen macht ihr die drohende Schließung der letzten Dorfschule in Kleinow. „Wer die Schulen schließt, weil heute zu wenig Kinder da sind, verhindert, dass es morgen wieder mehr werden“, fürchtet sie. Das und die üblichen anderen Sorgen treiben sie um: marode Straßen, die klamme Gemeindekasse und die schon Jahre dauernde Suche nach einem Hausarzt für die Gemeinde.



Bild: Marcus Glahn

■■ *bms*

Häusliche Gewalt ist Tabu



Bild: tumisu auf Pixabay

Die Linke lehnt grundsätzlich Gewalt zur Konfliktlösung ab. Häusliche Gewalt gehört zu den dunkelsten Kapiteln, wenn die eigene Wohnung nicht der sicherste Ort ist. Die Realität ist empörend:

Der Bundeslagebericht des Bundeskriminalamts registriert 2024/25 bundesweit mit 265.942 Menschen so viele Opfer wie noch nie. In Brandenburg dokumentiert der Lagebericht des Innenministeriums seit Jahren ein anhaltend hohes Niveau von 4.712 weiblichen Opfer im Jahreskontext. Für die Polizeidirektion Nord allein 1.200 Fälle. In der Kategorie „Partnerschaftsgewalt“ sind laut BKA rund 80% der Opfer weiblich, rund 130 Frauen davon werden jährlich getötet (gegenüber rund zwei Dutzend Männern). Das Statistische Bundesamt verzeichnet darüber hinaus rund 79.800 festgestellte Fälle von Kindswohlgefährdung (neben Vernachlässigung auch psychische, körperliche oder sexualisierte Gewalt). So genannte Dunkelfeldstudien zeigen, dass dies nur die Spitze des Eisbergs ist. Häusliche Gewalt ist kein Randproblem, geschätzt erlebt insbesondere jede dritte Frau in ihrem Leben physische oder psychische Gewalt im häuslichen Umfeld.

Umso wichtiger ist es gerade uns Linken, Haushaltslöcher nicht auf Kosten dieser Opfer zu stopfen. Sichere Fluchtorte sind dabei genauso wichtig wie eine angemessene Bezahlung der Betreuenden und geeignete bauliche und räumliche Bedingungen, auch für Kinder. Auch Prävention und Täterarbeit darf nicht dem Rotstift zum Opfer fallen. Der 25. November ist deshalb alljährlich der Tag, an dem es gilt, öffentlich ein gemeinsames starkes Zeichen des Widerstands gegen häusliche Gewalt zu setzen.

■■ *Kirsten Tackmann, Mitglied des Kreisvorstandes der Linken OPR*

So sehe ich das:

Warum ist die AfD so stark?

Wenn am Monatsende das Geld knapp wird, die Miete steigt und die Sorge um die Zukunft wächst, wird Politik zur ganz konkreten Alltagsfrage. Auch in Brandenburg fühlen sich viele Menschen abgehängt und von der Politik nicht ernst genommen. Dass die AfD laut Umfragen bei 40 Prozent liegt, ist ein politischer Weckruf – auch für uns Linke.

Das Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse nach der Einheit ist bis heute nicht eingelöst. Lohnunterschiede bestehen fort, Spitzenpositionen sind überwiegend westdeutsch besetzt. Hinzu kommen steigende Preise, unbezahlbare Mieten und die Angst, trotz Arbeit kaum über die Runden zu kommen. Aufrüstung und die Debatte um den Wehrdienst verstärken zudem die Sorge, dass die eigenen Kinder oder Enkel in einen Krieg ziehen könnten. Wenn für soziale Sicherheit und bezahlbares Wohnen angeblich kein Geld da ist, während Milliarden für militärische Zwecke bereitstehen, wächst der Unmut.

Die AfD nutzt diese berechtigte Unzufriedenheit, bietet aber keine solidarischen Lösungen. Stattdessen schürt sie Feindbilder und lenkt den Ärger auf Minderheiten und vermeintliche Sündenböcke.

Verantwortung trägt auch die Bundes- und Landespolitik, wenn sie die Alltagssorgen der Menschen ignoriert. Doch auch wir Linke müssen uns fragen, warum wir so viele nicht mehr erreichen. Wir müssen zuhören, vor Ort präsent sein und gemeinsam mit den Menschen für soziale Sicherheit, bezahlbares Wohnen, Frieden und Mitbestimmung kämpfen.

Jetzt ist es an uns, aus Unzufriedenheit gemeinsame Stärke zu machen! Wir dürfen den Menschen, die um ihre Zukunft bangen, nicht das Feld überlassen. Lasst uns gemeinsam für ein Brandenburg kämpfen, in dem niemand abgehängt wird, Arbeit zum Leben reicht und Frieden und Solidarität mehr zählen als Ausgrenzung und Hass. Eine starke Linke entsteht dort, wo wir zuhören, anpacken und gemeinsam etwas



Bild: publicdomainpictures auf Pixabay

verändern. Das ist unsere Aufgabe – und dafür müssen wir jetzt aktiv werden, nicht erst im Wahlkampf.

■■ *Achim Müller*

Angezeigt. Angefeindet. Recht bekommen.

2024 hat Anja Kreisel, die Kreisvorsitzende der Linken Frankfurt (Oder), den AfD-Politiker Wilko Möller, Landtagsabgeordneter und AfD-Kreisvorsitzender in Frankfurt (Oder), angezeigt. Dafür gab es Hass, Bedrohungen und Häme. Heute steht fest: Wilko Möller ist rechtskräftig verurteilt!

Der Bundesgerichtshof hat seine Revision verworfen. Damit ist seine Verurteilung zu 100 Tagessätzen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen rechtskräftig.

Das bedeutet auch: Die AfD-Fraktion in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung wird von einem vorbestraften Politiker geführt. Und im Brandenburger Landtag sitzt Möller nun ebenfalls als rechtskräftig Verurteilter.

Der Grund: ein AfD-Wahlplakat mit einer dem Hitlergruß zum Verwechseln ähnlichen Armhaltung.

Möller erkannte die Ähnlichkeit. Trotzdem ließ er die Plakate drucken und in Frankfurt (Oder) aufhängen.

Anja Kreisel hat - wie viele andere wegen dieses Plakats Anzeige erstattet und - damals Haltung gezeigt. Sie sagt: „Ich würde es wieder tun. Rechte Provokationen dürfen nicht unwidersprochen bleiben."

Quelle: Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 203/2026 vom 26.10.2026, Az. 3 StR 315/26

■■ *Gerlinde Krahnert*

Prignitz United – gemeinsam gegen Rechts



Bild: Sebastian Dewenter

Nach dem Erfolg im letzten Jahr, fand am Samstag, dem 17. Oktober, wieder das Konzert „Prignitz United" in Karstädt statt, veranstaltet vom Kreisverband Die Linke Prignitz. Rund 120 Gäste kamen zusammen, um einen Abend voller Punkrock und guter Stimmung zu erleben. Mit dabei waren Stulle Schmiern, Halsschlagader, Prignitz Riot und als Headliner die Crushing Caspars. Die vier Bands sorgten für ordentlich Musik und einen gelungenen Konzertabend.

Doch bei „Prignitz United" geht es um mehr als Musik. Die Linke wollte Menschen zusammenbringen, die Musikszene in der Region stärken und ein Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen. Es geht um Gemeinschaft, Zusammenhalt und darum, gemeinsam für eine offene Gesellschaft einzustehen. Besonders schön war die Stimmung an diesem Abend. Es wurde gemeinsam gefeiert, die Musik genossen und der Abend verlief komplett friedlich und ohne Zwischenfälle.

Ein großes Dankeschön geht an alle Gäste, die Bands, die Helferinnen und Helfer und alle, die das Konzert unterstützt und möglich gemacht haben. Danke, dass ihr da wart und diesen Abend mit uns gestaltet habt! Prignitz United: Musik, Zusammenhalt und klare Haltung gegen rechts.

■■ *Luisa Ziggel*

Politik darf kein Familienhindernis sein

Wer kommunalpolitisch aktiv ist, darf nicht zwischen Mandat und Familie wählen müssen. Doch genau das droht Menschen, wenn sie Kinder bekommen, Angehörige pflegen oder Betreuung organisieren müssen. In Brandenburg verschärfen lange Wege und stundenlange Sitzungen die Belastung.

Ein Blick auf die kommunalen Vertretungen in den Landkreisen Ostprignitz-Ruppin und Prignitz zeigt, wie wichtig diese Debatte ist: Frauen sind dort weiterhin deutlich seltener vertreten als Männer. Nach den verfügbaren Angaben liegt der Frauenanteil in den kommunalen Vertretungen in Ostprignitz-Ruppin bei rund 29 Prozent, in der Prignitz bei rund 27 Prozent. Dem stehen Männeranteile von etwa 71 Prozent beziehungsweise 73 Prozent gegenüber. Frauen stellen damit in beiden Landkreisen nur etwas mehr als ein Viertel der kommunalpolitisch Aktiven – Männer dagegen die klare Mehrheit.

Auch an der Spitze der kommunalen Verwaltungen zeigt sich ein deutliches Ungleichgewicht. In Ostprignitz-Ruppin und der Prignitz gibt es insgesamt deutlich mehr männliche als weibliche Bürgermeister und Amtsdirektoren. Nach den verfügbaren Angaben sind Frauen in diesen Leitungsämtern nur vereinzelt vertreten, während die große Mehrheit der haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeister sowie der Amtsdirektoren Männer sind.

Diese Zahlen machen deutlich: Kommunalpolitik und kommunale Verwaltung bilden die Lebensrealitäten vor Ort noch nicht ausgewogen ab. Das liegt nicht daran, dass Frauen sich weniger für ihre Gemeinden interessieren. Politisches Engagement und Verantwortung in kommunalen Leitungsämtern müssen vielmehr mit Beruf, Familie, Pflege und anderen Verpflichtungen vereinbar sein.

Kommunale Mandate sind Ehrenämter. Deshalb gelten Mutterschutz und Elternzeit nicht automatisch wie in einem Arbeitsverhältnis. Vieles hängt von örtlichen Regelungen und individuellen Lösungen ab. Einheitliche Standards für Kinderbetreuung, Pflege und Fahrtkosten fehlen.

Die Folgen sind absehbar: Wer Familie und Beruf ohnehin nur schwer vereinbaren kann, fragt sich zweimal, ob ein kommunales Mandat oder ein kommunales Leitungsamt machbar ist. Damit verliert die Demokratie dringend benötigte Perspektiven – von jungen Eltern, Alleinerziehenden und Menschen mit Pflegeverantwortung. Der geringe Frauenanteil in den kommunalen Vertretungen sowie in den Bürgermeister- und Amtsdirektorenämtern in Ostprignitz-Ruppin und der Prignitz zeigt, dass sich an diesen Rahmenbedingungen etwas ändern muss.

Demokratie braucht Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten. Politische Teilhabe und kommunale Verantwortung dürfen nicht davon abhängen, wer sich Zeit, Betreuung und zusätzliche Kosten leisten kann.

Deshalb brauchen wir verbindliche Regeln in Brandenburg: Mandate müssen während Schwangerschaft, Geburt und Elternzeit ruhen können. Es braucht ein gesichertes Rückkehrrecht, klare Vertretungsregelungen, familienfreundliche Sitzungszeiten, digitale Teilnahme sowie die Erstattung notwendiger Betreuungs- und Pflegekosten. Auch kommunale



Bild: nadjadonauer auf Pixabay

Führungsämter müssen so ausgestaltet sein, dass sie für Menschen mit unterschiedlichen Lebenssituationen erreichbar sind. Das ist keine Sonderbehandlung, sondern eine Voraussetzung für faire politische Teilhabe. Wer den Frauenanteil in den kommunalen Vertretungen und in kommunalen Leitungsämtern erhöhen will, muss politische Arbeit und Verwaltungsverantwortung so organisieren, dass sie mit unterschiedlichen Lebenssituationen vereinbar sind.

Wer mehr Menschen für Kommunalpolitik gewinnen will, muss ihre Lebensrealitäten ernst nehmen. Eine Demokratie, die alle vertreten will, muss auch allen ermöglichen, mitzumachen und Verantwortung zu übernehmen.

■■ *Gerlinde Krahnert*

Zwei Welcome Center in OPR eröffnet



Bild: Kerstin Brendler

Wer in Neuruppin vom Schulplatz in die Wichmannstraße abbiegt, hat es vielleicht schon bemerkt: Im Landkreis OPR hat im Rahmen des Projekts „Willkommen in Brandenburg“ ein Welcome Center eröffnet. Ein zweites befindet sich in der Burgstraße 2 in Wittstock / Dosse; damit sind auch in OPR die bundesweit etablierten Welcome Center angekommen. Jeweils drei Mitarbeitende der Kreisverwaltung stehen dort migrantischen Personen kostenfrei als Lotsen durch den Fachberatungsdschungel, für Behördengänge und bezüglich Arbeitsaufnahme, Leben und Alltag zur Verfügung.

Möglich machen das Fördermittel des Landes Brandenburg und der Europäischen Union über das ESF+-Programm. Die Dienstleistung für die migrantischen Mitbürgerinnen und Mitbürger wird zukünftig auch Workshops und Seminare umfassen. Ab dem nächsten Jahr sind zudem mobile Termine u.a. in Kyritz, Lindow, Neustadt und Rheinsberg in Planung.

Das Besondere: Welcome Center sind für alle migrantischen Menschen da! Für EU-Bürger:innen genauso wie für Eingebürgerte oder Menschen im oder aus dem Asylverfahren, sogar einschließlich der 1. Generation. Welcome Center bieten somit Beratung und Begleitung unabhängig von Herkunftsland oder Aufenthaltstitel und Aufenthaltsdauer, unabhängig von Qualifizierung und Sprachkenntnissen.

Ein gesammeltes Familienwissen über Generationen, das Einheimischen zur Verfügung steht, fehlt oft bei Zugezogenen aus dem Ausland. Diese Lücke will das Welcome Center im Sinne einer nachhaltigen Haltearbeit schließen. Die Verweisberatung orientiert sich am Schwerpunkt Arbeitsaufnahme, thematisch sind aber keine Grenzen gesteckt; allerdings räumlich: Einen Termin können nur migrantische Menschen aus OPR erhalten.

Allgemeine Öffnungszeiten sind die Sprechzeiten der Kreisverwaltung oder Terminvereinbarung unter welcomecenter@opr.de

Details im Internet: Welcome-Center OPR / Landkreis Ostprignitz-Ruppin

■■ *red.*

Ein Austauschort für linke Kommunalpolitik

Die KoPoKon: Kommunalpolitische Konferenz 2026

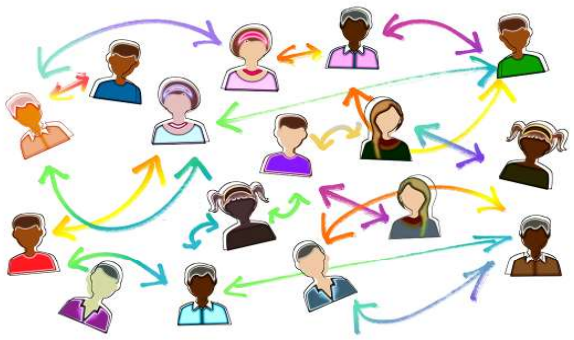


Bild: geralt auf Pixabay

Vom 9. bis 11. Oktober fand die vierte Kommunalpolitische Konferenz (KoPoKon) der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Chemnitz statt. Die KoPoKon dient der Weiterbildung, Vernetzung und dem Austausch für kommunalpolitisch Engagierte und Mandatsträger*innen der Linken. Über 120 Aktive aus der gesamten Bundesrepublik trafen sich in Workshops und Gesprächsrunden.

Interessant waren die Unterschiede zwischen Ballungszentren und strukturschwachen Regionen. Sozialabbau, klamme Kommunen und der Rückzug öffentlicher Infrastruktur werden die Konflikte zwischen Stadt und Land in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Im Workshop „Linke in ländlichen Räumen: Wo wir gewinnen können“ ging es um diese zentrale Herausforderung, aber auch um die Chance, gerade im ländlichen Raum wieder stärker zu werden. Konkret wurde gefragt: Wie können wir Kämpfe um Krankenhaus, Bus, Schwimmbad oder Schule politisieren, statt den Mangel nur zu verwalten? Und welche Strategien brauchen wir, um kommunale Verteilungskonflikte für den Aufbau dauerhafter linker Verankerung zu nutzen? Es gab Workshops zu Kommunalfinanzen, Bauturbo, Verkehrspolitik und Wärmeleitplanung und zur Frage „Wie kann Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Ehrenamt aussehen?“ Unter der Überschrift „Rätinnen gegen rechts“ wurde sich über den Umgang mit der AfD ausgetauscht. Unterstützt wurde die KoPoKon von der Bundestagsfraktion und Wissenschaftler*innen.

Die Dokumentation wird in einigen Tagen unter https://www.rosalux.de/kopokon abrufbar sein. Sie ist nicht nur für Mandatsträger*innen interessant, sondern für alle kommunalpolitisch Aktiven.

Die KoPoKon 2027 ist schon in Vorbereitung.



Bild: dormitory auf Pixabay

■■ *Thomas Domres*

Rassismus im Kreistag nicht einfach hinnehmen

Strafanzeige gegen Mario Schulz gestellt



Bild: instagramfotografin auf Pixabay

Mario Schulz ist ein alt bekannter Prignitzer Neonazi und sitzt seit 2024 für die Partei Der Dritte Weg fraktionslos im Kreistag Prignitz. In der Kreistagssitzung vom 25. Juni forderte er den Erhalt der „blutsmäßigen Zusammensetzung unseres Volkes“ und die Abwehr der „Vermischung des Blutes verschiedener Rassen“. Diese und ähnliche Aussagen wurden im Sitzungsprotokoll festgehalten, welches am 8. Oktober 2026 vom Kreistag bestätigt wurde. Thomas Domres stellt nun Strafanzeige gegen Mario Schulz. Er will prüfen lassen, ob die Aussagen den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen und strafbar sind. Verfassungswidrig sind sie in jedem Fall. Ein ethnisch definierter Volksbegriff ist mit den Werten des Grundgesetzes unvereinbar. Das hat das Verfassungsgericht 2024 in einem Urteil gegen die NPD-Nachfolgepartei Die Heimat festgestellt. Niemand darf wegen seiner Herkunft, Sprache, Heimat abgewertet oder ausgegrenzt sowie benachteiligt oder bevorzugt werden. Politische Konzepte, wie sie Schulz im Kreistag vorgetragen hat, zielen auf rassistische Diskriminierung und sind mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Wer im Kreistag spricht, trägt Verantwortung. Rassistische, menschenfeindliche und diskriminierende Aussagen dürfen nicht einfach hingenommen werden.

Weitere Infos zu Mario Schulz: ***https://aktionsbuendnis-brandenburg.de/mario-schulz-neonazi-plant-comeback/***

■■ *red.*

Zukunft von „Demokratie leben“ in der Prignitz

Antrag der Fraktion Die Linke/Grüne/B 90 im Kreistag angenommen



Bild: ralphs_fotos auf Pixabay

Viele Vereine, Initiativen und Schulen haben in den letzten Jahren Mittel aus dem Programm „Demokratie leben“ bekommen und damit Kultur- und Demokratieprojekte, Sport-, Kinder- und Jugendarbeit finanziert. Zwar handelt es sich bei „Demokratie leben“ um ein Förderprogramm des Bundes, für die Umsetzung vor Ort muss es aber einen regionalen Programmträger geben. Außerdem muss die Bundesförderung zu einem geringen Anteil regional kofinanziert werden. Die Trägerschaft hatte bisher die Stadt Wittenberge übernommen. Die Netzwerkstelle für Koordination und Abwicklung der Projekte hatte die Stadt dem Gemeinweseninstitut DEMOS übertragen. Nun hat sich Wittenberge aber aus der Trägerschaft zurückgezogen. Um die Förderung bis zum Programmende 2034 für die Prignitz zu sichern, musste eine neue Trägerschaft gefunden werden. In seiner Sitzung am 8. Oktober hat der Kreistag beschlossen, sie zu übernehmen. Grundlage dafür war ein Antrag des Landrats, der aber aus unserer Sicht nicht weit genug reichte. Als Fraktion Die Linke/Grüne/B 90 haben wir einen Ergänzungsantrag eingebracht, in dem wir den Arbeitsauftrag für die Verwaltung deutlicher formuliert haben. So haben wir sichergestellt, dass DEMOS mit seiner Erfahrung und Kompetenz in die Kreisträgerschaft einbezogen wird, dass ein neuer Begleitausschuss im Kreistag bestimmt wird und bei seiner Zusammensetzung die Kreistagsfraktionen einbezogen werden und dass die Vorgaben des Bundesprogramms gelten. Das Bundesprogramm sieht die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen ausdrücklich vor. Unser Ergänzungsantrag wurde mit den zu erwartenden Gegenstimmen angenommen. Der Antrag für 2027 kann jetzt erarbeitet und gestellt werden und die Akteure in der Prignitz können ihre Planungen für 2027 fortsetzen und entsprechende Förderungen erhalten.

■■ *Thomas Domres*



Vielfalt braucht Sichtbarkeit



Bild: Sabrina_Groeschke auf Pixabay

Die LesBI*Schwule T*our kam in diesem Jahr in die Prignitz. Anliegen der Tour ist Aufklärung und Sichtbarkeit von queeren Menschen im ländlichen Raum. Aber ausgerechnet die Sichtbarkeit wurde in der Prignitz zum Streitpunkt.

Pritzwalk lehnte beides ab: den Informationsstand und das Hissen der Regenbogenflagge, begründet mit einer zeitgleichen Veranstaltung bei der man „andere Schwerpunkte“ setzen wolle. Alternativen wurden nicht angeboten. 2017 war die Tour schon einmal hier. Damals war sie willkommen und es war (noch?) kein Problem, die Regenbogenflagge zu hissen.

Der Landkreis Prignitz verweigerte die Beflaggung mit Verweis auf eine allgemeine Beflaggungsregel und die ‚Neutralität der Verwaltung‘. Gleichzeitig betont die Kreisverwaltung für ein respektvolles und diskriminierungsfreies Miteinander zu stehen. Warum wird es dann nicht deutlich sichtbar gezeigt? Die Regenbogenflagge ist kein parteipolitisches Symbol und verletzt die Neutralität nicht. Sie steht für Menschenwürde, Gleichberechtigung und die Anerkennung unterschiedlicher Lebensweisen.

In Perleberg hieß es, die Beflaggung sei zu spät angefragt worden und verwies auf den Ratsbeschluss, das Rathaus einheitlich zu beflaggen. Das mag formal korrekt sein, politisch stellt sich dennoch die Frage: Warum eine Stadt, die eine Veranstaltung für Vielfalt und Akzeptanz unterstützt, kein sichtbares Zeichen dafür ermöglicht?

Für Die Linke ist klar: Queeres Leben gehört zur Prignitz. Sichtbarkeit ist kein Luxus und keine Gefälligkeit. Sie zeigt gerade jungen Menschen: Niemand muss sich hier verstecken. Viele Menschen haben die Tour unterstützt und gezeigt, dass Offenheit und Solidarität bei uns ihren Platz haben. Daran sollten wir anknüpfen.

Wir wollen eine Prignitz, in der niemand seine Identität verstecken muss. Eine Prignitz, in der Vielfalt nicht nur in Sonntagsreden vorkommt, sondern im Alltag sichtbar ist. Eine Prignitz, die sagt: Wir alle gehören dazu.

■■ *Christian Elger*

Wer Alltagshilfe kaputtspart, gefährdet Pflege zu Hause!



Bild: alexas auf Pixabay

Die geplante Pflegereform trifft Pflegebedürftige, Angehörige und kleine Hilfsdienste.

Seit Mitte September arbeite ich als sogenannte Alltagsbegleiterin für Pflegebedürftige. Meine Chefin hat sich vor zwei Jahren entschieden, wegen ihrer zwei kleinen Kinder den belastenden Schichtdienst als Krankenschwester aufzugeben und den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Schulungen besucht, Kreditwürdige Businesspläne erarbeitet, eine kleine Firma gegründet und ist seit April diesen Jahres am Markt. Und wir erleben jeden Tag: Pflege besteht nicht nur aus medizinischer Versorgung. Für viele Menschen bedeutet sie auch Unterstützung beim Putzen, Einkaufen, bei Terminen oder bei sozialen Kontakten. Solche Alltagshilfen ermöglichen es Pflegebedürftigen, länger selbstbestimmt zu Hause zu leben.

Schnell wurde deutlich, wie groß der Bedarf ist – und wie wenig viele Pflegebedürftige und Angehörige über ihre Ansprüche wissen. Wir unterstützen Menschen mit Pflegegrad 1 dabei, den monatlichen Entlastungsbetrag von 131 Euro zu nutzen, und betreuen inzwischen auch Menschen mit höheren Pflegegraden.

Doch ab 2027 könnte diese Unterstützung für viele Menschen wegfallen, wenn der vorliegende Gesetzentwurf so beschlossen wird.

Die Bundesregierung verweist auf höhere Pflegegeldbeträge. Gleichzeitig sollen der Entlastungsbetrag und der Umwandlungsanspruch durch stärker begrenzte Regelungen ersetzt werden. Besonders betroffen wären Menschen mit Pflegegrad 1. Auch für höhere Pflegegrade drohen Einschränkungen, wenn Mittel für Alltagshilfe nur noch begrenzt, zweckgebunden und ohne Möglichkeit zum Ansparen zur Verfügung stehen.

Die Folgen wären unmittelbar: Pflegebedürftige könnten Hilfe im Haushalt, beim Einkauf oder bei Terminen nicht mehr finanzieren. Angehörige müssten zusätzliche Aufgaben übernehmen, obwohl viele schon heute am Limit sind. Menschen ohne Familie in der Nähe wären besonders gefährdet. Damit würde der Grundsatz „ambulant vor stationär“ ausgehöhlt. Zu Hause zu leben ist nur dann eine echte Möglichkeit, wenn verlässliche und bezahlbare Alltagshilfe vorhanden ist.

Wir erleben, wie wichtig solche Angebote sind. Sie entlasten Pflegebedürftige und Angehörige und schließen eine Lücke zwischen professioneller Pflege und dem Alltag. Wenn die geplanten Einschränkungen in Kraft treten, verlieren viele Betroffene den Zugang zu dieser Hilfe. Gleichzeitig gerät die finanzielle Grundlage kleiner Anbieter unter Druck. Deshalb brauchen wir einen verlässlichen und ausreichend finanzierten Anspruch auf Alltagshilfe. Der Entlastungsbetrag und der Umwandlungsanspruch müssen erhalten bleiben, damit Pflegebedürftige ihre Unterstützung flexibel und entsprechend ihrer persönlichen Situation nutzen können.

Damit Menschen ihre Ansprüche tatsächlich wahrnehmen können, braucht es außerdem verständliche und leicht zugängliche Informationen über bestehende Leistungen. Niemand sollte auf Unterstützung verzichten müssen, weil Anträge, Zuständigkeiten oder gesetzliche Regelungen zu kompliziert sind. Zugleich benötigen kleine und lokale Anbieter



Bild: mohamed_hassawn auf Pixabay

Planungssicherheit. Nur wenn die Finanzierung verlässlich ist, können sie dauerhaft Arbeitsplätze schaffen, Angebote aufbauen und Pflegebedürftige kontinuierlich begleiten.

Eine konsequente Stärkung ambulanter Angebote ist deshalb unverzichtbar. Unterstützung im Alltag darf nicht erst dann finanziert werden, wenn eine Situation eskaliert oder ein stationärer Aufenthalt notwendig wird. Gute Alltagshilfe kann dazu beitragen, Selbstständigkeit zu erhalten, Angehörige zu entlasten und Pflegebedürftigen ein Leben in ihrer vertrauten Umgebung zu ermöglichen.

Unterstützung im Alltag ist kein Luxus, sondern soziale Daseinsvorsorge. Wer Pflege zu Hause stärken will, muss auch die Menschen und Angebote stärken, die sie möglich machen.

■■ *Gerlinde Krahnert*

Linke: Prävention bleibt auch bei Geldnot wichtig



Bild: conger-design auf Pixabay

2024 hat der Kreistag Ostprignitz-Ruppin mit Stimmen der Linken beschlossen, das Aussetzen der Gebühr für die Pflichtuntersuchung von Schwarzwild auf für Menschen gefährliche Trichinen(Parasiten) bis 2029 zu verlängern. Begründet hat die Kreisverwaltung damals ihren Antrag mit der Notwendigkeit, die Jägerschaft für eine hohe Schwarzwildstrecke zur Minimierung des Risikos der Ausbreitung der gefährlichen Afrikanischen Schweinepest (ASP) zu unterstützen. Die Linke hat schon damals darauf hingewiesen, dass Trichinellose 2023 in OPR nachgewiesen wurde, also eine Gefahr bleibt, und eine hohe Untersuchungsdichte wichtig ist. Trotzdem wollte der Landkreis im September 2026 den Beschluss aufheben und die Gebühr wieder erheben, weil die ASP-Gefahr gebannt wäre. Dabei hatte das Landeskrisenzentrum noch im Juli diesen Jahres eigene Bekämpfungsmaßnahmen bis 2029 (!) verlängert mit Verweis auf die Gefahr einer erneuten Einschleppung. In der Sitzung selbst verwies der Kreis auch selbst darauf, dass die fachlichen Einwände richtig wären, aber der Kreis kein Geld hat. Es war aber sein einziger Sparvorschlag - und die knapp 40.000 Euro sind keine Rettung bei einem Defizit von aktuell 54 Millionen Euro. Zudem hat auch die ehrenamtliche Jägerschaft z. B. nicht gezögert, beim Vogelgrippe – Ausbruch bei den Kranichen vergangenes Jahr sofort zu helfen. Und weil vorbeugen meist billiger ist und ehrenamtliches Engagement auch in Zeiten einer Haushaltsnotlage unterstützt gehört, hat Die Linke erfolgreich verhindert, dass die Gebühr erneut erhoben wird.

■■ *Kirsten Tackmann, Kreistagsabgeordnete der Linken OPR*

SCHUFA: Wenn eine Zahl über unser Leben entscheidet



Bild: vi5-a-vi5 auf Pixabay

Der Bundesgerichtshof präzisiert die Auskunftsrechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Doch wer wissen will, warum ihm ein Vertrag verweigert wurde, muss weiterhin Hürden überwinden.

Eine Wohnung finden, einen Handyvertrag abschließen, einen Kredit aufnehmen: Für viele Menschen gehören solche Entscheidungen zum Alltag. Doch immer häufiger spielt dabei eine Zahl eine wichtige Rolle – der SCHUFA-Score. Er soll einschätzen, wie wahrscheinlich es ist, dass jemand seine Rechnungen bezahlt. Was auf den ersten Blick nach einer sachlichen Bewertung aussieht, kann weitreichende Folgen haben. Denn wer schlecht eingestuft wird, kann Nachteile erleiden, ohne genau zu wissen, warum.

Am 21. Oktober 2026 hat sich der Bundesgerichtshof (BGH) mit der Frage beschäftigt, wie transparent die SCHUFA ihre Bewertungen erklären muss. Vier Verbraucherinnen und Verbraucher hatten Auskunft darüber verlangt, wie ihre Scores berechnet wurden. Das Oberlandesgericht Dresden hatte ihnen teilweise recht gegeben. Der BGH hob diese Urteile in wesentlichen Teilen auf und verwies die Verfahren zur erneuten Prüfung zurück.

Das bedeutet allerdings nicht, dass die SCHUFA ihre Berechnungen grundsätzlich geheim halten darf. Der BGH stellte klar, unter welchen Voraussetzungen ein Auskunftsanspruch besteht: Der Score muss für die Entscheidung eines Unternehmens über einen Vertrag maßgeblich gewesen sein. Grundsätzlich müssen die Betroffenen das darlegen und beweisen. Dabei dürfen die Hürden nicht zu hoch sein. Wenn ein Score an ein Unternehmen übermittelt wurde und kurz darauf eine nachteilige Vertragsentscheidung folgt, kann das für die erforderliche Darlegung ausreichen. Ob diese Voraussetzungen in den vier Fällen erfüllt sind, muss nun erneut geprüft werden.

Das Urteil zeigt, wie schwierig es für Verbraucher sein kann, sich gegen eine Bewertung zu wehren, deren Zustandekommen sie kaum nachvollziehen können. Wer einen Vertrag nicht bekommt, weiß oft nicht, ob der SCHUFA-Score tatsächlich ausschlaggebend war. Wie soll man dann beweisen, dass gerade diese Bewertung zum Nachteil geworden ist?

Die SCHUFA hat erheblichen Einfluss auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten vieler Menschen. Umso weniger darf die Bonitätsbewertung zu einer Blackbox werden. Es geht nicht darum, Unternehmen jede wirtschaftliche Risikoprüfung zu verbieten. Es geht darum, dass Menschen erfahren können, welche Daten über sie verwendet werden, wie Bewertungen zustande kommen und wie sie sich gegen Fehler wehren können.

Zwar soll ein neues Gesetz die Transparenz beim Bonitäts-Scoring ab dem 20. November 2026 verbessern. Auch die SCHUFA hat im März einen neuen Score eingeführt, der für Verbraucher nachvollziehbarer sein soll. Ob die Änderungen in der Praxis tatsächlich ausreichen, muss sich erst zeigen.

Für mich bleibt deshalb die grundsätzliche Frage: Wollen wir wirklich, dass ein privates Unternehmen mit seinen Bewertungen darüber mitentscheidet, wer Zugang zu einer Wohnung, einem Kredit oder anderen Verträgen erhält?

Die SCHUFA sammelt Daten, berechnet Wahrscheinlichkeiten und liefert Bewertungen. Doch eine statistische Einschätzung ist kein Urteil über einen Menschen. Wer einmal finanzielle Schwierigkeiten hatte, darf nicht dauerhaft auf eine Zahl reduziert werden. Und wer eine Bewertung für falsch hält, muss eine realistische Chance haben, sie überprüfen und korrigieren zu lassen.

Ich finde: Bonitätsbewertungen, die so tief in die Lebensmöglichkeiten von Menschen eingreifen, dürfen nicht allein der Logik eines privaten Unternehmens folgen. Die Linke fordert deshalb, Bonitätsbewertungen in die öffentliche Hand zu überführen. Solche Verfahren müssen transparent, nachvollziehbar und unabhängig kontrolliert sein.

Denn wirtschaftliche Teilhabe ist keine Nebensache. Sie entscheidet darüber, ob Menschen ihren Alltag selbstbestimmt gestalten können. Wer über die Chancen anderer mitentscheidet, muss erklären können, wie diese Entscheidungen zustande kommen. Und wer bewertet wird, muss sich dagegen wehren können.



■■ *Christin Willnat, MdB, Die Linke*

Krankenhaus Wittstock: Keine Übergangslösung – und dann?

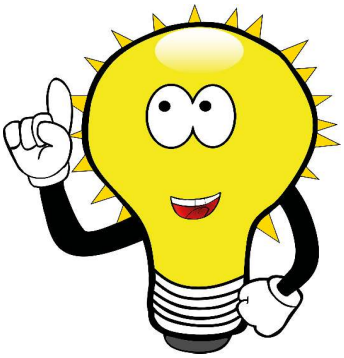
Das Krankenhaus in Wittstock schließt zum Jahresende. Doch die ursprünglich angekündigte Übergangslösung ist vom Tisch. Das teilten Landrat Ralf Reinhardt und das Gesundheitsministerium am 30. Oktober 2026 nach einem Gespräch mit. Eine Poliklinik in der ehemaligen Tuchfabrik soll frühestens 2029/30 entstehen. Bis dahin sollen die vorhandenen Arztpraxen und ein zusätzlicher Rettungswagen die Versorgung sichern. Ob das ausreicht, ist eine berechtigte Frage. Noch im September hatte die Bürgerinitiative „Wittstock zeigt Gesicht“ gemeinsam mit Landkreis und Stadt verbindliche Lösungen gefordert und vor den Folgen längerer Wege im Notfall gewarnt. Die Initiative will sich in den kommenden Tagen zusammensetzen und über die neue Situation und weitere Schritte beraten. Die Menschen in Wittstock brauchen eine verlässliche medizinische Versorgung – auch nach dem 31. Dezember.



Bild: geralt auf Pixabay

■■ *Gerlinde Krahnert*

Medien, die schlau machen



Das Internetportal „Informationen zur deutschen Außenpolitik“

Hört sich trocken an, ist aber für alle spannend, die über die tagtäglichen Nachrichtenschnipsel hinaus Zusammenhänge und Hintergründe verstehen wollen. Die sich links verstehende Redaktion bietet einen kostenlosen Newsletter mit Berichten und Analysen zu aktuellen Entwicklungen. Alle Recherchen haben ein gutes Quellenverzeichnis, so dass man sich immer eine eigene Meinung zur politischen Einordnung der Redaktion bilden kann. Breiter bekannt ist das Portal unter dem englischen Namen German Foreign Policy (GFP). Alle Texte sind auf deutsch.
https://www.german-foreign-policy.com/

■■ *red.*

Gregor Gysi im Gespräch über die DDR



Bild: Christian Elger

Auf Einladung des Mahnkreises DDR-Opfer Wittenberge war Gregor Gysi (Die Linke) am 12. Oktober in Wittenberge zu Gast. Bei einer Gesprächsrunde in „Michis Lokleitung“ diskutierte er mit rund 50 Gästen über seine Erfahrungen mit der DDR, seinen beruflichen Werdegang und aktuelle politische Fragen.
Gysi berichtete unter anderem von seiner Ausbildung zum Rinderzüchter mit Abitur und seinem anschließenden Jurastudium an der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Veranstaltung sollte an das Unrecht und die Repressalien der SED-Diktatur erinnern. Zugleich zeigte das Gespräch, wie unterschiedlich Menschen auf die DDR-Geschichte blicken und wie wichtig es ist, persönliche Erfahrungen zur Sprache zu bringen.

■■ *red.*

Ein kleines Stück Freude – Spenden für das Frauenhaus Neuruppin.

Der Neuruppiner Stadtverband der Linken sammelt Geld- und Sachspenden



Bild: monam auf Pixabay

Frauen, die im Frauenhaus Schutz suchen, erhalten zuerst das Nötigste: einen sicheren Zufluchtsort, Kleidung und Verpflegung. Doch für die kleinen Dinge, die den Alltag schöner machen, reicht das Geld häufig nicht. Eine schöne Creme, ein kuscheliger Schal, die Lieblingsschokolade oder ein Gutschein für die Erfüllung eines persönlichen Wunsches.

Mit unserer Spendenaktion möchten wir dazu beitragen, dass sich Frauen und Kinder im Frauenhaus solche kleinen Wünsche erfüllen können. Gesammelt werden Geld, Gutscheine und liebevoll ausgewählte Sachspenden.
Erste Gelegenheit zur Abgabe von Spenden ist am 14. November auf dem Kreisparteitag der Linken im Schloßgarten Cafe´ in Neuruppin. Am 19. November sind wir von 10 bis 19 Uhr im Parteibüro der Linken in der Neuruppiner Schinkelstraße, um weitere Geld- und Sachspenden entgegenzunehmen.
Die gesammelten Spenden werden wir in der Adventszeit



Bild: Christmas und fir auf Pixabay

an das Frauenhaus übergeben.
Gemeinsam können wir zeigen, dass Solidarität im Alltag beginnt – mit Menschlichkeit, Mitgefühl und der Bereitschaft, anderen eine Freude zu bereiten.

■■ *Anke Kehnscherper*

Termine

11.11. und 16.12.// 18 Uhr
Beratung des Kreisvorstandes Die Linke OPR, Schinkelstr. 13, Neuruppin

12.11.// 19 Uhr
Beratung des Regionalverbandes Rheinsberg-Lindow Fachgeschäft für Demokratie, Rheinsberg, Schlossstraße 20

14.11. und 12.12.// 14 Uhr
PRÜF-Demo, Alter Markt, Potsdam

14.11.// 10-14 Uhr
Ges.-Mitgliedervers. Die Linke OPR, Schloßgarten Cafe Neuruppin, Alt Ruppiner Allee 81

17.11.// 18 Uhr (Siehe Seite 5)
Veranst. Verbraucherschutz

02.12.// 09-12 Uhr
1-Euro-Frühstück, Geschäftsstelle Wittstock, Burgstraße 27

04.12.// 09-11 Uhr
Infostand, Marktplatz Kyritz

04.12.// 18 Uhr
Weihnachtsfeier Die Linke KNW, Bootshaus Wusterhausen

Jeden 2. Dienstag // 16-18 Uhr
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Beratung zu Fragen zur Rentenversicherung durch den Ehrenamtlichen Versichertenältesten Uwe Drößler
Termine unter: 0151/27551564

Impressum

Märkische Linke, Meinungsmedium von Die Linke OPR und PR,
Herausgegeben von Die Linke OPR Kreisvorstand: Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin, kv@dielinke-opr.de und Die Linke Prignitz Kreisvorstand: Bäckerstraße 21, 19348 Perleberg vorstand@dielinke-prignitz.de
V.i.S.d.P: Ronny Kretschmer und Thomas Domres

www.dielinke-opr.de
www.dielinke-prignitz.de

Redaktion: Jürgen Schubert, Achim Müller, Gerlinde Krahnert, Julia Köppe, Ronny Kretschmer
Satz und Layout: Jürgen Schubert

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autor:innen, nicht unbedingt die von Redaktion und Herausgeberin, wieder.

Die Redaktion bedankt sich für die Zusendung von Artikeln, Bildern und Informationen.
redaktionml@dielinke-opr.de

Spendenkonto für Druckkosten:
DE47 1606 1938 0001 6323 61
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG